Freitag, den 31. Januar 1936

Nr. 30 Jahrgang 14

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 10 Groschen



Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postscheck-Konto 63.508
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielitz, Republikanska 4, Tel. 1294

Volksstimme
Bielitz-Biala u. Umgebung

„Für Deutschland, gegen Hitler!"

Eine Erklärung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Zum dritten Jahrestag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler veröffentlicht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Erklärung, die daran erinnert, daß Hitler damals die Verfassung der Republik beschwor und einen neuen freien Volksentscheid nach vier Jahren in Aussicht stellte. „Nun deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren, und dann urteile und richte über uns!" hieß es vor drei Jahren in dem Aufruf der Nationalen Regierung.

Vier Wochen nach Hitlers Erneuerung kam es kurz vor den Reichstagswahlen zum Reichstagsbrand, der als das Werk einer angeblich „sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront" hingestellt wurde. Ein Regiment blutiger Willkür wurde aufgerichtet, wie das deutsche Volk es seit Jahrhunderten nicht mehr erlebt hatte. Die siegreiche Partei herrschte mit Peitsche und Revolver, ihre Gegner waren vogelfrei. Sie fielen nicht im Kampfe, Mann gegen Mann. Wehrlose wurden gejagt und in grausamer Weise getötet. Nie sah die Welt ein schändlicheres Schauspiel als dieses Morden, das im Namen einer wiederhergestellten Volksgemeinschaft von Deutschen an Deutschen verübt wurde. Dann kam im Juni 1934 die blutige Abrechnung im Nazi-Lager und der Tod vieler als Gegner des Regimes angesehener Deutscher. Noch im dritten Jahr der Diktatur hatte die Sozialdemokratische Partei blutige Opfer zu beklagen. Und Tausende, deren einzige Schuld darin besteht, daß sie der Sache der Arbeiterbewegung, den hohen Idealen freier Menschlichkeit treu geblieben sind, schmachten in überfüllten Kerkern und Konzentrationslagern. Sammlungen für ihre hungernden Frauen und Kinder werden als Hochverrat mit barbarischer Härte bestraft.

Hitler hat dem deutschen Volk die Freiheit versprochen. Er hat ihm den Zuchthausstaat gebracht.

„Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung endgültig entrissen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein. Gleichlaufend damit erheben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft."

(Am 1. Februar 1933.)

Die sozialdemokratische Erklärung stellt fest, daß in den drei Jahren der Diktatur alle Voraussetzungen zur Erfüllung dieses Versprechens systematisch zerstört worden sind.

Niemand ist im Dritten Reich schlimmer betrogen als der **Bauer.** Anstatt ihn „der Verelendung endgültig zu entreißen", hat man auf seine Kosten den lebensunfähigen Großgrundbesitz gerettet. Für die wichtigsten bäuerlichen Erzeugnisse ist die Zwangswirtschaft eingeführt worden. Im Namen einer weltfremden Erbhofromantik ist die Verfügungsgewalt des Bauern über seinen Besitz eingeschränkt und sein Kredit geschädigt worden. Die versprochene Steuersenkung ist ausgeblieben, statt dessen wurde die Steuereinziehungen rücksichtslos verschärft, Belastung durch Zwangsbeiträge und „freiwillige Spenden" aller Art ungeheuer erhört. Mit dem Geld der Bauern mästet sich im Reichsnährstand und seinen zahllosen Unterorganisationen ein Heer von unfähigen und korrupten braunen Bonzen. Trotz phantastischer Pläne und großsprecherischer Ankündigungen wurden im Dritten Reich jährlich nur halb so viel Siedlungen geschaffen wie in der Republik.

Die **Arbeitslosigkeit** ist angeblich auf zweieinhalb Millionen vermindert worden. Wie aber ist diese Verminderung zustande gekommen? Hunderttausende wurden aus der Unterstützung ausgeschlossen, Hunderttausende zu Pflicht- und Notstandsarbeit gezwungen, bei der sie oft weniger verdienen als früher ihre Unterstützung betrug. Hunderttausende Jugendliche wurden in den Arbeitsdienst und in die Landhilfe gepreßt, wo sie oft unter Zuständen leben und arbeiten müssen, die große sittliche Gefahren und oft schwere Störungen der Berufsentwicklung mit sich bringen. Millionen aber stehen in Kurzarbeit und schaffen nur wenige Tage in der Woche zu einem Verdienst, der weit unter den Unterstützungssätzen der Republik liegt.

Die mit großem Propagandalärm aufgezogene „Arbeitsschlacht" hat das ganze Volk mit wachsender Verarmung bezahlen müssen, nicht zuletzt der **Arbeiter** selbst. Mit raffinierten Methoden sind die Löhne herabgesetzt und die Abzüge erhöht worden. Gleichzeitig aber sind die Preise stark gestiegen und damit die Reallöhne noch weit mehr herabgedrückt worden als die Geldbezüge. Die Gewerkschaften sind zerschlagen worden; an ihrer Stelle wird die Arbeitsfront zu einer allumfassenden Zwangsorganisation gemacht, in der die Arbeiter nur Pflichten, aber keine Rechte haben. Sie müssen Beiträge zahlen, aber sie erhalten keine gewerkschaftliche Gegenleistung mehr dafür; sie haben kein Recht, die „Amtswalter" zu wählen, und nicht einmal einen Einblick in die Verwendung der Beitragssummen, geschweige denn ein Recht zur Kontrolle. Im Betrieb sind sie rechtlos der Ausbeutung durch den Unternehmer preisgegeben. Keine Gewerkschaft, keine Lohnkommission, kein Betriebsrat wacht mehr über die Einhaltung der Tarifbestimmungen. Die „Vertrauensräte" sind nichts als ein Wandschirm zur Verhüllung der nackten Unternehmerwillkür. Mit den Löhnen sind Renten und Unterstützungen abgebaut worden. In allen Zweigen der öffentlichen Fürsorge sind die Leistungen vermindert, in allen Teilen der Sozialversicherung die Renten heruntergesetzt worden. Die mustergültige, aber stille Arbeit der Sozialpolitik in der Republik wird verdrängt durch den marktschreierischen Propagandarummel des Winterhilfswerks und der „Kraft durch Freude". An die Stelle der öffentlichen Fürsorgepflicht ist das demütigende Almosenwesen getreten.

Nicht minder hart ist der **Mittelstand** getroffen. Auf seine Kosten versucht das System die Folgen seiner verfehlten Wirtschaftspolitik, die Preissteigerungen und die Lebensmittelknappheit, zu bekämpfen. Die Handelsspanne wird immer weiter vermindert. Leisten die Handel- und Gewerbetreibenden Widerstand, so werden „Volksempörungen" künstlich inszeniert, um die Erbitterung von den wahren Schuldigen abzulenken. Den verminderten Verdienstmöglichkeiten steht eine gesteigerte Belastung durch Steuern, Zwangsbeiträge und Spenden gegenüber. Die neugebildeten Zwangsinnungen sind nutzlose Beitragsmaschinen und wahre Brutstätten der Korruption und Vetternwirtschaft.

Während so alle Schichten des schaffenden Volkes zu immer neuen Opfern gezwungen werden, sind die Rüstungsgewinnler die einzigen, die von dem vor drei Jahren versprochenen „Aufblühen der übrigen Wirtschaft" positiert haben. Aber der „Segen" der Rüstungsaufträge hat nur eine Scheinblüte der Wirtschaft zu erzeugen vermocht. Die Ankurbelung der Wirtschaft ist nicht geglückt und der ganze wirtschaftliche Kreislauf wird nur durch die Rüstungsaufträge aufrechterhalten. Statt die notwendigen Lebensbedürfnisse des Volkes zu befriedigen, werden Kanonen und Tanks fabriziert. Die Scheinblüte eines Teils der Wirtschaft ist erkauft worden um den Preis einer wachsen Zerrüttung der öffentlichen Finanzen. Die Aufrüstung verschlingt ungezählte Milliarden. Um sie aufzubringen, hat sich das Reich in eine hemmungslose Schuldenwirtschaft gestürzt. Riesensummen von kurzfristigen Krediten, deren wahre Höhe dem Volke verschwiegen wird, sind in den letzten Jahren aufgehäuft worden. Immer mehr geht das Reich dazu über, die Gelder der Sparkassen und Versicherungsinstitute für die Rüstungsfinanzierung mit Beschlag zu belegen. Alles neu sich bildende Kapital wird vom Staat für Rüstungszwecke abgeschöpft und so mit Sicherheit jede wirkliche Gesundung der Wirtschaft vereitelt. Für Wohnungsbau und Siedlung ist trotz wachsender Wohnungsnot kein Geld da. **Erz ist wichtiger als Butter, und Flug**

Lebhafter Meinungsaustausch in London.

Die Staatsmänner nutzten die Gelegenheit des Beisammenseins allseitig aus.

London, 30. Januar. König Eduard VIII. empfing am Donnerstag nachmittag den amerikanischen Sonderbotschafter Norman Davis sowie den Prinzen Zeid (Irak) in Audienz. Außenminister Eden hatte am Donnerstag weitere Besprechungen mit ausländischen Staatsmännern, die sich z. Zt. noch in London aufhalten. Am Vormittag besuchte er den Prinzregenten Paul von Jugoslawien. Nachmittags hatte er eine Besprechung mit dem sowjetrussischen Außenminister Litwinow, den er bereits am Mittwoch bei einem privaten Frühstück zu Gast hatte. Eden empfing ferner den türkischen Außenminister Dr. Aras und den Londoner türkischen Botschafter, sowie die Außenminister von Albanien und Litauen.

Der amtliche britische drahtlose Dienst meldet:

„Die Atmosphäre, in der sich in den letzten Tagen die Staatsmänner in London getroffen haben, war für ins einzelne gehende Verhandlungen nicht geeignet. In gut informierten Kreisen besteht jedoch der Eindruck, daß dieser Meinungsaustausch allgemeinen Charakters, den der Staatssekretär des Aeußeren mit den ihn besuchenden Ministern hatte, sich als fruchtbar für die Förderung einer allgemeinen Verständigung und die Schaffung eines gegenseitigen Vertrauens erwiesen hat, das eine wesentliche Grundlage für die auf dem Feld der internationalen Politik gestellten konstruktiven Aufgaben darstellt.

Inoffiziell verlautet, die Unterredungen Edens mit Neurath habe die politischen Kreise davon überzeugt, daß die deutsche Reichsregierung nicht gewillt sei, mit England über den Abschluß eines Luftpaktes zu verhandeln, bevor der italienisch-abessinische Konflikt nicht liquidiert sei.

Ueber die Unterredungen Edens mit Flandin will das Pariser „Oeuvre" wissen, daß England und Frankreich keine Fragen, die Deutschland betreffen, ohne vorhergehenge gegenseitige Rücksprache behandeln werden.

„Evening Standard" meldet, daß der Außenkommissar Litwinow am Freitag nach Moskau zurückkehren werde. Marschall Tuchatschewski, der ebenfalls zur Beisetzung König Georgs nach London gekommen war, werde sich jedoch noch eine Woche lang in England aufhalten. Er werde mehrere englische Rüstungsfirmen besuchen. Es sei möglich, daß er ihnen einige Aufträge auf Waffen- und Munitionslieferungen für die Sowjetarmee erteilen werde.

Japan über Hitler entsetzt.

Das Echo der letzten Kundgebung Hitlers.

Tokio, 30. Januar. Der Sprecher des Außenministeriums beschäftigte sich mit der jüngsten Kundgebung Hitlers und erklärte:

Wir waren entsetzt darüber, daß Hitler behauptet, Europa sei vorbestimmt, die weniger zivilisierten Rassen zu beherrschen. Es wird nicht leicht sein, eine Reaktion auf diese Erklärung in der japanischen Presse zu verhindern, trotz des Respekts, den man gegenüber dem Staatsoberhaupt hegt, wenn Hitler auch weiterhin die beleidigende Diskriminierung fortsetzen wird. Der Sprecher des japanischen Außenministeriums fügte hinzu, daß dieser Zwischenfall beweise, wie weit der angebliche japanisch-deutsche Vertrag von seiner Verwirklichung entfernt sei.

zeuge sind wichtiger als Wohnungen. Der ganze Wahnsinn dieser Wirtschaftspolitik enthüllt sich auf dem Gebiet der Ausfuhr. Deutschland, das größte Verarbeitungsland Europas, ist heute nicht mehr imstande, genug auszuführen, um mit dem Erlös seiner Ausfuhr die erforderliche Einfuhr bezahlen zu können.

Ein Aufblühen der Wirtschaft hat Hitler versprochen. Not der Bauern, Not der Arbeiter und Angestellten, Not des Mittelstandes, Lebensmittelnot, Rohstoffnot, drohende Katastrophe der Finanzen und der Wirtschaft — das ist das wirkliche Ergebnis.

•

Nicht nur materielle Werte wurden verschwendet. Schlimmer noch sind die Verwüstungen auf geistigem und sittlichem Gebiet. Der Totalitätsanspruch der regierenden Partei schafft eine Totalität der geistigen Knechtung. Auch die Kirchen, die katholische und die protestantische, haben die Freiheit verloren, deren sie sich in der Republik im reichen Maße erfreuten. Die Abneigung vieler ihrer Diener gegen die Demokratie, ihr Liebäugeln mit „autoritären" Staatsformen, hat sich furchtbar an ihnen gerächt. Der Totalitätsanspruch des Dritten Reichs macht auch vor dem Inhalt des christlichen Glaubens nicht halt. Wie Wirtschafts-, Kultur- und Bevölkerungspolitik, so soll auch die Kirchenpolitik in den Dienst der Kriegsvorbereitungen gestellt werden.

Hat Hitler „Deutschlands Ehre wieder hergestellt", sein Ansehen erhöht und seine Sicherheit vermehrt, indem er die allgemeine Wehrpflicht proklamierte?

Ehe Hitler kam, war das besetzte Gebiet befreit, die Reparationen waren gestrichen. Deutschland saß als anerkannte Großmacht im Rat der Völkerbundes. Der Weg zu einer Rüstungskonvention war beschritten, Deutschlands Gleichberechtigung war grundsätzlich gesichert. Es gab keine Kriegsgefahr. Seit Hitler am Ruder ist, geht Kriegsfurcht im Volke um. Sein theatralischer Austritt aus dem Völkerbund führte zur Isolierung Deutschlands. Seine pomphafte Ankündigung der allgemeinen Wehrpflicht, sein fieberhaftes Aufrüsten trieb alle Länder zu stärkeren Rüstungen an. Wo ist die Vermehrung der Sicherheit durch allgemeine Wehrpflicht? Nicht die Sicherheit ist vermehrt, sondern die Kriegsgefahr. All das wird vor dem Volk verborgen gehalten. Absichtlich wird es über seine wahre Lage in Unkenntnis gelassen. Aber der Frieden kann nur erhalten bleiben, wenn das deutsche Volk die Wahrheit erfährt.

Am 1. Februar 1933 versprach Hitler dem deutschen Volke, er werde es nach vier Jahren zu einer freien Entscheidung aufrufen. Aber ein Volk, das frei entscheiden soll, muß alle Tatsachen kennen, alle Meinungen hören und sich aus ihnen sein Urteil bilden. Es gibt keine freie Entscheidung ohne Freiheit der Meinungsäußerung, Freiheit des Zusammenschlusses, der Presse, des Vereins- und Versammlungswesens. Hitler hat alle diese Voraussetzungen einer freien Entscheidung zerstört. Nun muß sich das Volk nicht mit Hitler, sondern durch den Sturz der Diktatur den Weg zu seinem Recht bahnen. Es ist der Weg zu seiner Rettung.

Nur eine frei gewählte Volksvertretung, die aus sich heraus eine neue, dem Volk verantwortliche Reichsleitung schafft, kann Deutschland vor dem Untergang bewahren.

Der Kampf für die Erfüllung dieser Forderung und für den Sturz der Hitlerdiktatur sei in erster Linie Sache der Arbeiter, doch seien, abgesehen von einer gewissen Oberschicht, alle Klassen und Schichten berufen, ihn mitzuführen, um die Freiheit der Presse, der Wissenschaft, der Kunst, des religiösen Lebens und die Gleichberechtigung aller ohne Unterschied der Religion und Rasse zurückzuerobern. Den Siegern über Hitler werde dann die Aufgabe gestellt sein, in phrasenloser und sachlicher Arbeit Demokratie und Sozialismus in Deutschland zu verwirklichen.

Die Nazi-Regierung feiert.

Berlin, 30. Januar. Anläßlich des heutigen Jahrestages der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten fand u. a. im Berliner Lustgarten ein großer SA-Appell statt. Es hielten Ansprachen der Stabschef der SA Lutze, Göbbels als Leiter des Berliner Gaus der NSDAP und Hitler. Diese drei Spitzenführer des heutigen Regimes im Dritten Reich erinnerten mit keinem Wort an die hochtrabenden Versprechungen, die man dem deutschen Volke bei der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten machte. Hitler sagte nur in seiner Ansprache, das Ziel der Nationalsozialisten sei es weiterhin, daß das „deutsche Volk von Glauben Zuversicht und Vertrauen zu der nationalsozialistischn Regierung erfüllt" sei.

Neue Steuern in Deutschland

Berlin, 30. Januar. In Berliner Wirtschaftskreisen rechnet man damit, daß mit dem Beginn des zweiten Quartals 1936 eine Reihe neuer Steuern dekretiert wird. Die Aufwendungen, die für die deutsche Aufrüstung und zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung gemacht werden, könnten auch durch gelegentliche Zuhilfenahme von Anleihen nicht mehr gedeckt werden. Für ziemlich sicher gilt die Einführung einer Besteuerung des Bier- und Tabakkonsums. In fast allen größeren Gemeinden des Reiches sind bereits heute Getränkesteuern eingeführt, mit Ausnahme für Bier und Milch. Man hält es außerdem für möglich, daß der Vermögenszuwachs seit 1933 mit einer besonderen Abgabe bedacht wird. Diese würde vor allem die Rüstungsgewinne betreffen.

Kabinett Sarraut — die Regierung der Wahlen

Sicherung des Friedens in Frankreich und in Europa.

Paris, 30. Januar. Die heutige Kammersitzung wurde bei großem Interesse eröffnet.

Der neue Ministerpräsident Sarraut verlas die Regierungserklärung, in der eingangs erklärt wird, die Regierung der Einigkeit und der republikanischen Wachsamkeit, könne nicht größere Pläne in Angriff nehmen oder dem Parlament ein breites Tätigkeitsprogramm vorschlagen, weil dessen Kadenz zu Ende geht, zu unterstreichen sei aber, daß die natürliche Mission der Regierung die Sicherung der Unparteilichkeit bei den kommenden Wahlen ist. Es dürfen aber die Bemühungen auf keinem Gebiete aussetzen. Die Wirtschaftskrise, zumal die Arbeitslosigkeit, verlangen Taten. Um den Kurs des Franken zu erhalten, den wir zu verteidigen gedenken, hat das Land seit langem Opfer gebracht. Der Sicherheit des Kredits, die eine Bedingung des Wiederaufbaus ist, müsse gewährleistet sein. Im Innern ist eine friedliche Atmosphäre herbeizuführen, desgleichen in den auswärtigen Beziehungen. Die Regierung will den Frieden durch Achtung internationaler Verpflichtungen und durch Entwicklung der kollektiven Sicherheit erhalten. Die Regierung werde alles tun, was unter Leitung der Genfer Organisation und im Geiste freundschaftlichen Verstehens zur Liquidierung des italienisch-abessinischen Konflikts und der furchtbaren Kriegshandlungen führen kann. Die Freundschaften und Pakte haben kein anderes Ziel. als die Erhaltung und Organisierung des Friedens im Rahmen des Völkerbundes, egal, ob in Frage kommen Belgien, die Kleine Entente, Italien, Polen, die Sowjetunion oder England, dessen Verständigung mit Frankreich für Europa die Unterlage der Friedensgarantie ist. In diesem Plan einer breiten europäischen Verständigung ist der gute Wille Frankreichs enthalten, allen friedlichen Bestrebungen entgegenzugehen, und Frankreich hofft, auch solche von deutscher Seite zu sehen. Diese Gesamtheit der inneren und äußeren Sicherheit, die Arbeit am wirtschaftlichen Wiederaufbau erfordern den Frieden unter der Bevölkerung, Ruhe und Ordnung.

Nach der Verlesung der Regierungserklärung, erklärte Sarraut, daß er mit der sofortigen Aussprache über die Regierungspolitik einverstanden sei. Es meldeten sich 63 Redner, so daß die Reihenfolge und die Redezeit festgelegt werden mußten.

Die Aussprache am Donnerstag hat die parlamentarische Lage in keiner Weise geklärt. Man hat vielmehr den Eindruck, daß der Wahlfeldzug in der Kammer eröffnet worden ist.

Die Kammer vertagte sich am Abend auf Freitag morgen zur Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung.

Neue italienische Drohung gegen Oelsanktionen.

Rom, 30. Januar. „Giornale d'Italia" beschäftigt sich am Donnerstag mit der Ausdehnung der Sanktionen auf die Erdölzufuhr. Das Blatt bringt für diesen Fall nochmals den italienischen Standpunkt zum Ausdruck und erklärt, Italien werde auch dem Oelembargo Widerstand entgegensetzen, wenn Genf „unter englischem Befehl" einen derartigen Beschluß fassen sollte. Die Berechnung der Sanktionisten werde noch einmal enttäuscht werden (!?). Italien habe bereits dafür gesorgt, mit seinen nationalen und internationalen Hilfsmitteln einen ständigen militärischen Bedarf in Afrika und Europa zu decken. **Das Petroleumverbot werde daher niemals sein Vorgehen und die Flüge seiner Luftflotte zum Stillstand bringen können (!?).**

Ausdrücklich betont das halbamtliche Blatt, daß **Erdölsanktionen nicht ausschließlich wirtschaftlicher Natur seien und Italien sich nicht passiv damit abfinden würde. Sie glitten schon vom wirtschaftlichen auf den militärischen und politischen Bereich über und zwängen Italien naturgemäß zu einer neuen Prüfung seiner Stellungnahme und zur Schaffung neuer Grundlagen für sein Vorgehen.**

Danziger Sozialisten verlangen Neuwahl

Danzig, 30. Januar. Die Danziger Sozialdemokratische Partei und die Zentrumspartei haben durch Aufrufe eine Aktion für die Ausschreibung von Neuwahlen zum Volkstag eingeleitet. Es wird darauf hingewiesen, daß die letzten Entscheidungen des Völkerbundrates neue Bedingungen für das politische Leben in Danzig geschaffen und die Beschränkungen der Opposition bei den letzten Wahlen verurteilt haben.

„Danziger Nationalzeitung" im Reich verboten.

Danzig, 30. Januar. Die Einfuhr und die Verbreitung der deutschnationalen „Danziger Nationalzeitung" ist durch Anordnung des Reichsinnenministers in Deutschland für unbestimmte Zeit verboten worden. — Also im „Dritten Reich" wird sogar eine deutschnationale Zeitung als gefährlich angesehen.

Nazifänle in Danzig unterschlägt 2000 Gulden Arbeitergelder.

Wir lesen in der „Danziger Volksstimme": Ein wackerer Kämpfer gegen das „marxistische Untermenschentum", gegen die „rote Korruption", „Landesverrat" usw., der SA-Mann und Amtswalter Franz Konkel, Stolzenberg 6 wohnhaft, mußte bei seinem schweren Kampf notgedrungen eine Ruhepause einlegen. In der Gefängniszelle. Denn der wackere Kämpfer ist verhaftet worden. Auch seine Frau. Beide haben zwar immer gepredigt, daß Gemeinnutz vor Eigennutz gehe, aber in der Praxis sich mehr an den Spruch „Mein Nutz geht vor dein' Nutz" gehalten. Sie haben geklaut. Mit Geldern, die den Arbeitskollegen in dem Städtischen Fuhrpark im Stadtgebiet abgezogen wurden, haben sie sich einen guten Tag gemacht, so daß etwa 2000 Gulden Fehlbetrag bisher festgestellt wurden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich dieser Betrag noch erhöht.

Forderungen der Textilarbeiterschaft.

Verbindlichkeit des Sammelabkommens in allen Textilbetrieben.

Der Vollzugsausschuß des Klassenverbandes der Textilarbeiter beschäftigte sich vorgestern eingehend mit der Lage in der Textilindustrie.

Es wurde einstimmig festgestellt, daß das Sammelabkommen für die Textilindustrie der Bezirke Lodz, Tschenstochau, Sosnowice und Bialystok in einem Teil der Textilbetriebe nicht eingehalten wird und daß der Großteil der keinem Unternehmerverband angehörenden Unternehmer Löhne und Arbeitsbedingungen eingeführt haben, die im krassen Widerspruch zu den Bedingungen des Sammelabkommens stehen. Dadurch ist das Einkommen der Textilarbeiter, abgesehen von der gehandhabten Kurzarbeit, stark vermindert worden. Es müsse daher eine durchgreifende Aktion der Arbeiterschaft stattfinden, die die Errungenschaften der Textilarbeiterschaft sichern und für die Gesamtheit verbindlich machen.

Von einer Kündigung des Abkommens wurde vorläufig Abstand genommen, obwohl berechtigte Forderungen für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen über die vertraglich festgelegten Bedingungen bestehen, jedoch wurden bezüglich des bestehenden Abkommens eine Reihe zusätzlicher Forderungen aufgestellt.

Der Standpunkt des Vollzugsausschusses des Klassenverbandes wurde von der Versammlung der Fabrikdelegierten der Lodzer Textilindustrie gutgeheißen und am gestrigen Tage haben sich auch die anderen Textilverbände den vom Klassenverband aufgestellten Forderungen **angeschlossen.**

Die Forderungen des Klassenverbandes der Textilarbeiter lauten:

1. Einhaltung des Sammellohnabkommens in allen Fabriken der Textilindustrie und Hinzuziehungen zum Abkommen aller derjenigen Unternehmen, die dieses Abkommen noch nicht unterzeichnet haben.

2. Wiedereinführung der Tariflöhne in allen Fabriken, wo diese im Laufe der Zeit herabgesetzt wurden.

3. Lohnvergütigung für unverschuldeten Stillstand.

4. Festsetzung entsprechender Normen für die Bedienung der Webstühle und Maschinen in solchen Grenzen, daß die Arbeit infolge der durchgeführten Rationalisierung nicht gesundheitsschädlich ist; außerdem höhere Lohnsätze für die unter diesen Bedingungen ausgeführte Arbeit.

5. Zuerkennung der Urlaube in allen Fabriken und Bezahlung für nichtgewährten Urlaub.

6. Zurückziehung der Anordnung des Verbandes der Textilindustrie im Polnischen Staate (Großindustrie), die außer dem Tagesverdienst auch Stundenlohn einführt.

7. Unterlassung jeglicher Verfolgungen und Entlassungen der Fabrikdelegierten wegen des von ihnen bekleideten Amtes.

Es wurde beschlossen, die Durchführung dieser Bedingungen bis zum 15. Februar zu verlangen. Sollten die Industriellenverbände bis zu diesem Termin keine befriedigende Antwort geben, so behält sich das Vollzugskomitee die Ergreifung weiterer Schritte, einschließlich einer Streikaktion, vor.

Lodzer Tageschronik.

Demonstrationsstreik in den Monopolfabriken in Lodz.

Im Zusammenhang mit durchgeführten Lohnkürzungen ist es bereits in der vorigen Woche in den Fabriken des Spiritus- und Tabakmonopols in Lodz zweimal zu einstündigen Demonstrationsstreiks gekommen. Gestern wurde dieser Streik in der Tabakmonopolfabrik in der Kopernikusstraße und der Spiritusmonopolfabrik in der Zagajnikowastraße wiederholt, indem die Arbeiter die Arbeit zwischen 12 und 13 Uhr unterbrachen. Angesichts der Wiederholung dieser Demonstrationen haben die Direktionen dieser Fabriken noch am Anfang dieser Woche bekanntgegeben, daß eine Wiederholung des Streiks nicht mehr geduldet werden und als Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Schuld der Arbeiter betrachtet werden wird. Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob die Direktionen angesichts des gestern wiederholten Streiks ihre Drohung wahrmachen wird.

Der Konflikt in der Strumpfindustrie dauert an.

Gestern sollte im Arbeitsinspektorat eine Konferenz in Sachen des Konflikts in der Strumpfindustrie stattfinden, der bekanntlich darauf beruht, daß die im Verband zusammengeschlossenen Besitzer von Strumpfwirkereien die Unterzeichnung und die Einhaltung des Lohnabkommens davon abhängig machen, daß auch die übrigen Wirkereibesitzer zur Unterzeichnung des Abkommens herangezogen werden. Zu der gestrigen Konferenz waren auch die nichtorganisierten Wirkunternehmer eingeladen, doch sind diese nicht erschienen, was gleichbedeutend mit einer Ablehnung ist. Angesichts dieser Lage der Dinge werden die Arbeiter ihre Aktion verschärfen.

Um ein Lohnabkommen in der Metall- und elektrotechnischen Industrie.

Der bei den Klassenverbänden neu organisierte Verband der Angestellten der elektrotechnischen und radiotechnischen Industrie sowie der Metallarbeiterverband haben eine Aktion um Abschluß eines Lohn- und Arbeitsabkommens in diesen Industriezweigen eingeleitet. In dieser Angelegenheit findet am kommenden Sonntag eine Versammlung der in diesen Industriezweigen beschäftigten Arbeiter im Lokal des Klassenverbandes, Narutowiczstraße 50, statt, auf welcher die näheren Einzelheiten der Aktion besprochen werden sollen.

Ein Arbeiter durch Giftgase betäubt.

In der Färberei der Widzewer Manufaktur erlitt der Arbeiter Jan Grzegorczyk, 21 Jahre alt, wohnhaft Zamenhofa 16, einen Unfall bei der Arbeit. Grzegorczyk wurde durch Dämpfe von Anilinfarben betäubt und erlitt eine ernstliche Vergiftung. Die herbeigerufene Rettungsbereitschaft des Roten Kreuzes überführte den Erkrankten zunächst nach Hause, da man annahm, daß die Vergiftung nicht so schwerer Natur ist. Doch verschlimmerte sich der Zustand Grzegorczyks später und die Rettungsbereitschaft mußte noch einmal nach Hause gerufen werden. Eine neuerliche Untersuchung ergab einen bedenklichen Zustand des Arbeiters, der nunmehr ins Krankenhaus geschafft wurde.

Auf dem Grundstück Podlesna 6 war gestern der Schlosser Josef Millodrowski (Zamenhofa 26) mit der Ausbesserung des Brunnens beschäftigt. Dabei stürzte er in den Brunnen und zog sich schwere Körperverletzungen zu. Der Verunglückte wurde in besorgniserregendem Zustande ins Bezirkskrankenhaus geschafft. (p)

Vier Personen durch Kohlengase betäubt.

Im Hause Mostowa 61 erlitt die dort wohnhafte Familie des Josef Piorkowski, bestehend aus den Eheleuten und deren zwei Töchtern, eine Kohlengasvergiftung. Die Genannten legten sich vorgestern abend schlafen, nachdem sie vorher den Ofen geschlossen hatten. Da die Kohle aber noch nicht ausgebrannt war, entströmten dem Ofen Gase, die die Schlafenden nun einatmeten. Das Unglück wurde von Nachbarn bemerkt, die die Rettungsbereitschaft herbeiriefen. Diese erwies den Verunglückten Hilfe.

Von einem Hunde gebissen.

Auf dem Grundstück Szklarska 11 wurde der 9jährige Gustav Speichel von einem Hunde gebissen. Die Rettungsbereitschaft legte dem Knaben einen Verband an

Messerstecherei.

Auf dem Felde an der Pabjanickastraße neben dem Leonhardtplatz kam es zwischen den Händlern Josef Jendrzejak, ohne bestimmten Wohnort, und Karol Kucharski, Konopnicka 29 zu einer Messerstecherei. Beide trugen Stichwunden davon und mußten die Hilfe der Rettungsbereitschaft in Anspruch nehmen.

Der Bandit Balczewski gestorben.

Wie erinnerlich, kam es vor einigen Tagen in der Poludniowastraße zwischen zwei Banditen und Polizeibeamten zu einer Schießerei, im Verlaufe welcher der Bandit Czeslaw Balczewski schwer verletzt wurde. Balczewski wurde ins Krankenhaus geschafft, doch konnte er nicht am Leben erhalten werden und ist nunmehr gestorben.

Die Tarifpolitik der Lodzer Straßenbahn

Wie die Lodzer Straßenbahndirektion bei einer „Fahrpreisherabsetzung“ ein Geschäft machen will. — Wie lange werden sich die Lodzer diese „Preispolitik“ gefallen lassen?

Die Frage des Fahrtarifs auf der Lodzer Elektrischen Straßenbahn ist eine Angelegenheit, bei welcher die Lodzer Oeffentlichkeit bisher wenig mitzusprechen hatte, bzw. zu welcher die hierzu berufenen Kreise aus gewissen geschäftlichen Rücksichtnahmen nie das Wort ergriffen.

Als die Straßenbahndirektion vor einigen Monaten ihren bekannten **Anschlag auf die Bequemlichkeit der Fahrgäste** unternahm und den Zeitabstand zwischen den Zügen der einzelnen Straßenbahnlinien von 10 auf 12 Minuten erhöhte, da wagte sich keine der hiesigen bürgerlichen Zeitungen hervor, um gegen die Straßenbahndirektion wegen dieser Maßnahme Front zu machen. Die „Lodzer Volkszeitung“ war damals das einzige Blatt, das sofort eingriff und zum Kampf gegen diese auf Kosten der Bequemlichkeit der Fahrgäste vorgenommene und dem Profit dienende Sparmaßnahme aufzurufen. Gezwungenermaßen mußte sich die Straßenbahndirektion damals der entstandenen Abwehrfront der Lodzer Einwohnerschaft fügen und ihre Maßnahme rückgängig machen.

Nun kam in den letzten Wochen die Preissenkungsaktion der Regierung. Mehr oder weniger mußten alle Zweige der Wirtschaft Polens die Preise für ihre Erzeugnisse herabsetzen, selbst die mächtigsten, durch besondere Profitgier bekannten Kartelle fanden sich, freiwillig oder auch nicht, zur einer Preisherabsetzung bereit. Nur die Lodzer Straßenbahn stellte sich abseits dieser Strömung und ließ verlautbaren, daß sie nichts von dem Fahrpreis ablassen könne. Hierbei sei bemerkt, daß der normale Fahrpreis auf der Lodzer Straßenbahn seit den Jahren der Teuerung und der Hochkonjunktur noch eine Aenderung erfahren hat! Ja, die Straßenbahndirektion kam sogar der zu erwartenden Forderung nach Fahrpreissenkung mit einem Schachzug zuvor, indem sie den Angestellten verschiedene seit Jahren gewährte Zuschläge zum Gehalt nehmen wollte und dies mit der „schwierigen finanziellen Lage“ der Unternehmens begründet. Damit wollte man der Forderung nach Fahrpreisermäßigung gleich von vornherein die Spitze abbrechen.

Da man aber wenigstens doch den Schein eines Entgegenkommens gegenüber der von der Regierung geführten Preissenkungsaktion wahren wollte, entschloß man sich zu einer fein ausgeklügelten Prozedur, die der Geschäftigkeit unserer Straßenbahndirektion im kapitalistischen Sinne ein glänzendes Zeugnis ausstellt. Diese Prozedur beruht auf dem allbekannten Grundsatz: **Gebe mit der rechten Hand eine Kleinigkeit und nehme mit der linken das Doppelte wieder.**

Das einzige „Entgegenkommen“, welches die Straßenbahndirektion gezeigt hat, ist, daß mit dem morgigen Tage für den Tagverkehr Kupons für zwei Fahrten zum Preise von 45 Groschen eingeführt werden und solche für 10 Fahrten zum Preise von Zl. 2,25. **Der normale Fahrpreis für eine Fahrt bleibt dagegen mit 25 Groschen bestehen.** Wer also von der „Preisherabsetzung“ auf der Straßenbahn Gebrauch machen will, muß gleich zweimal fahren und — die Frequenz auf der Straßenbahn heben helfen. **Auf der anderen Seite aber sieht der neue Fahrttarif auf der Straßenbahn nur noch Verschlechterungen der bisherigen Bedingungen vor.** So werden von nun an die **Morgenvergünstigungskarten** in demselben Preise wie bisher beibehalten, aber **statt bis 8.45 Uhr nur noch bis 8.30 Uhr gültig** sein. Schadlos gehalten hat sich die Straßenbahngesellschaft für den geringen Preisnachlaß bei den Doppelfahrkarten im Tagverkehr jedoch bei den Monatskarten, indem für diese ein ganz kolossaler Preisaufschlag vorgenommen wurde, und zwar **wurde der Preis für eine Monatskarte von Zl. 22,50 auf Zl. 30 erhöht, also um rund 33 Prozent; ebenso ist dies bei den Vierteljahresfahrkarten der Fall.** Für Umsteige- und Schülerkarten ist der Tarif unverändert geblieben.

So sieht also die „Preissenkung“ auf der Lodzer Elektrischen Straßenbahn aus. Und darüber schweigt sich die ganze bürgerliche Presse aus, weil man es eben mit der Straßenbahndirektion nicht verderben will. Auch der vom Wojewoden ernannte städtische Beirat hat in dieser schon zu einem wahren Skandal ausartenden Frage der Straßenbahnfahrpreise in Lodz eine ganz jämmerliche Rolle gespielt. Die großen Töne, die hier der Rechtsanwalt Bilyk in bezug auf die Preispolitik der Straßenbahndirektion von sich gegeben hat, haben ein sehr klägliches Ergebnis gezeitigt. Der Berg hat eine Maus geboren! Und was haben die Vertreter der Stadt, die in der Verwaltung der Straßenbahndirektion sitzen, hierzu zu sagen? Waum ergreifen sie nicht in dieser Angelegenheit das Wort? Oder wollen auch sie es mit der Direktion nicht verderben? ...

Aus alledem ist ersichtlich, daß die Bevölkerung der Stadt Lodz auf wenig Schutz von irgendeiner Seite in ihrem Kampf um einen angessemessenen Fahrttarif auf der Straßenbahn rechnen kann. Noch ist aber der morgen in Kraft tretende neue Tarif nicht endgültig, sondern wird als Experiment bezeichnet. Die Lodzer Einwohnerschaft, insbesondere die werktätige Bevölkerung, die vor allem auf die Straßenbahn als Verkehrsmittel angewiesen ist, wird daher die entsprechenden Wege finden müssen, um dieses „Experiment“ abzulehnen und die Straßenbahndirektion zu zwingen, mit der Zeit zu gehen und die Fahrpreise auf eine entsprechende Höhe herabzusetzen'

Activus.

Schlechtes Debut eines „Privatdetektivs“

Es ist bekannt, daß verschiedene Personen, die irgendmal bestohlen oder sonstwie geschädigt wurden, es vorziehen, auf eigene Faust Erhebungen anzustellen, als die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen. Daß dies nicht immer der richtige Weg ist, beweist folgender Fall, der gestern vor dem Lodzer Bezirksgericht verhandelt wurde.

Abram Wilc wurde im Februar 1935 bestohlen, und zwar stahl man ihm Bestecke und sonstige Sachen im Werte von etwa 3800 Zloty. Man riet Wilc, nicht zur Polizei zu gehen, da er dort seine Sachen auch so nicht zurückbekommen werde, sondern empfahl ihm, sich in die Diebesspelunke in der Wolborska 19 zu begeben, wo ein bereits in den „Ruhestand“ getretener Führer einer Diebesbande, Pinkus Chmielnicki, wohne und der schon dafür sorgen würde, daß Wilc seine Sachen gegen eine gewisse Entschädigung wieder erhalten wird. Wilc folgte diesem Rat. Er vereinbarte mit Chmielnicki, daß er seine Sachen gegen eine Entschädigung von 400 Zloty wieder zurückerhalten werde, und übergab dem „Bandenführer in Ruhestand“ als Anzahlung 10 Zloty. Am nächsten Tage erschien bei Wilc ein Abgesandter des Chmielnicki, Icek Rubinowicz, und erklärte, die Sachen seien bereits da, nur müsse er nun einen größeren Betrag einzahlen. Wilc zahlte darauf bei Chmielnicki weitere 225 Zloty. Das ganze Manöver Chmielnickis war aber auf Betrug aufgebaut, der nach Erhalt des Geldes nach der Tschechoslowakei flüchtete. Dort wurde er aber von den tschechischen Behörden gefaßt und an Polen ausgeliefert.

Chmielnicki und sein Gehilfe Rubinowicz hatten sich wegen dieses Betrugsmanövers gestern vor dem Lodzer Bezirksgericht zu verantworten und wurden zu je 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Nachspiel eines Feuerwehrfestes im Gerichtssaal.

Am 29. November v. J. fand in Nowo-Zlotno bei Lodz ein Feuerwehrfest statt, an welchem u. a. Anna Antoni und Stanislaw Kasprzak sowie ein Wincenty Janczak teilnahmen. Gegen Mitternacht, als die Gemüter **infolge des Alkoholgenusses bereits erhitzt waren, kam es** zwischen den Festteilnehmern zu einer Schlägerei. Als dann drei Polizisten herbeikamen, um die Ruhe wiederherzustellen, stürzten sich die genannten vier Personen auf diese und schlugen auf sie mit allerlei Gegenständen ein. Anführerin war hierbei die Anna Kasprzak. Die Ruhestörer hatten sich nun gestern vor dem Lodzer Bezirksgericht unter der Anklage des Widerstandes gegen die Amtsgewalt zu veantworten und wurden wie folgt verurteilt: Anna Kasprzak zu 8 Monaten Gefängnis, Antoni Kasprzak zu 6 Monaten, Stanislaw Kasprzak und Wincenty Janczak zu je 3 Monaten Gefängnis.

65jähriger Wüstling verurteilt.

Das Lodzer Bezirksgericht verhandelte gestern hinter verschlossenen Türen gegen den 65jährigen Franciszek Kowalski unter der Anklage des Sittenverbrechens an unmündigen Mädchen. Der Wüstling hat Mädchen im Alter von 8 und 9 Jahren in seine Wohnung gelockt und sich an ihnen sittlich vergangen. Kowalski wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Der Nachtdienst in den Apotheken.

Heute haben folgende Apotheken Nachtdienst: Kahane, Limanowskiego 80, Trawkowska, Brzezinska 56, Koprowski, Nowomiejska 15, Rozenblum, Srodmiejska 21, Bartoszewski, Petrikauer 95, Czynski, Rokicinska 53, Stwarczewski, Kontna 54, Siniecka, Rzgowska 59.

Aus dem deutschen Gesellschaftsleben

Trauung. Morgen, Sonnabend, den 1. Februar, um 5 Uhr nachmittags, findet in der Baptistenkirche Nawrot 27 die Trauung des Herrn Alfons Lohrer mit Frl. Maryla Mielke statt. Auch wir gratulieren!

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens

Lodz-Süd. Freitag, den 31. Januar, um 7.30 Uhr findet im Lokale, Lomzynska 14, eine Vorstands- und Vertrauensmännersitzung statt.

Aus der Wojewodschaft Schlesien.

Wie die Wirtschaftsankurbelung aussieht!

Wie aus Gewerkschaftskreisen berichtet wird, sollen auf der Dubenskogrube bei Rybnik am 1. Februar etwa 350 Bergarbeiter in Turnus gehen, wozu die Verwaltung bereits die Zustimmung vom Demobilmachungskommissar haben soll.

Seit längerer Zeit werden immer neue Arbeiter in Turnus geschickt, so daß innerhalb der Belegschaft der dortigen Anlagen die größte Empörung herrscht, umso mehr, als bekannt ist, daß die Sparmaßnahmen nur die Arbeiter treffen, während man den Direktoren und Angestellten noch zu diesem Weihnachtsfest außerordentliche Gratifikationen gewährt hat. Wie man diese Gratifikationen begründen kann, wenn man zugleich Sparmaßnahmen bei den Arbeitern durchführt, ist eine Frage, die eben die Belegschaft gern begründet sehen möchte.

„Es gibt so viel naive Menschen!"

Wegen Wahrsagerei hatte sich vor dem Kattowitzer Gericht die Zigeunerin Rosalie Kwiatkowski aus Modrzejow zu verantworten, deren Vernehmung im Gerichtssaal manche heitere Szene hervorrief. Als sie nämlich der Richter befragte, warum sie einen gewissen Jagiela aus Neudorf betrogen habe, erklärte sie, daß doch nicht sie schuldig ist, wenn es so viele naive Menschen gibt, die sich wahrsagen lassen. Die Jagielas in Neudorf waren sehr neugierig, ob ihre Tochter bald einen Freier finden und heiraten werde, was nun die Zigeunerin „wahrsagen" sollte. Diese sah, daß sie es wirklich mit naiven Leuten zu tun habe und ließ sich ihren Hokuspokus mit 25 Zloty bezahlen, wofür sie auch noch einige Mixturen lieferte. Die Jagielas sahen sich jedoch betrogen und jetzt wurde die Kwiatkowski zu einem Monat Gefängnis verurteilt, wobei ihr eine Bewährungsfrist von drei Jahren zugebilligt wurde.

Stimmt da etwas nicht?

Man wird sich noch erinnern können, mit welcher Begeisterung die „Polska Zachodnia" die Einsetzung der Zwangsverwaltung bei Pleß begrüßte, indem sie erklärte, daß endlich der Entlassung polnischer Arbeiter Einhalt geboten werden wird. Jede Maßnahme der neuen Herren wurde gutgeheißen und jede Abzahlung besonders begrüßt. Nun sind **fast alle deutschen Arbeiter aus den Pleßbetrieben heraus**, aber die Krise konnte die Zwangsverwaltung auch nicht beheben. Es müssen nun auch die neuen Herren nach dem früheren Rezept verfahren und Arbeiter entlassen. Da findet die „Polska Zachodnia" ein Haar in der Suppe und wagt so etwas, wie eine leise Kritik an der Zwangsverwaltung. Nun, böse Zungen behaupten, daß in der Redaktion der „Polska Zachodnia" der Stab der Redakteure zu groß sei, und da irgend einer nicht Bürgermeister werden kann, so will man einen anderen in der Industrie unterbringen. Sollte das der Grund zur Kritik an der Zwangsverwaltung sein?

Opfer der Arbeit.

Auf der Maxgrube bei Michalkowitz ereignete sich am Dienstag ein schwerer Unfall, bei welchem vier Bergleute verletzt wurden. Zwei von ihnen, Mikolajczyk und Wojaschek, mußten sofort ins Knappschaftslazarett nach Siemianowitz überführt werden, während Cuber und Galenowski mit leichteren Verletzungen davonkamen. Der Unfall ist auf ein vorzeitiges Losgehen einer Sprengladung zurückzuführen.

Der Myslowitzer Sanacjaskandal.

Ueber die Differenzen zwischen den Sanacjasäulen in Myslowitz, die jetzt vor Gericht in Ehrenhändel ihren Abschluß fanden, haben wir bereits berichtet. Der Bürgermeister von Myslowitz und zugleich Sejmabgeordneter Dr. Karczewski hat allerdings über das Verhältnis seiner Freunde vor Gericht nicht auszusagen brauchen, weil dies im Bereich seiner Dienstgeheimnisse liegt. Nichtsdestoweniger ist es dem Angeklagten, Baumeister Ksionzek, gelungen, in einer Reihe von Fällen gegen den früheren Major Ficowski den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Trotzdem wurde er wegen formaler Beleidigung des Ficowski zu zwei Wochen Gefängnis und 500 Zloty Geldstrafe verurteilt was indessen unter die Amnestie fällt. Aus der Urteilsbegründung erfahren wir, daß Major Ficowski seine Aemter innerhalb der Sanacjaorganisationen dazu benutzt hat, um sich finanzielle Vorteile zu verschaffen. So hat er für die Vermittlung des Baues der Technischen Lehranstalt in Kattowitz angeblich 30 000 Zloty erhalten, dann soll er den Bau seiner Villa in Weichsel einer deutschen Firma übertragen haben, ferner für Vermittlungen in der Myslowitzer Targowica monatlich 800 Zloty Provision erhalten haben und ähnliche „Kleinigkeiten", die mit der Haltung eines Patrioten unvereinbar sind. Nun bezieht sich Baumeister Ksionzek darauf, Major Ficowski habe die polnische Ehre dadurch in Mißkredit gebracht, daß er bei Lieferungen jüdische und deutsche Firmen bevorzugt hat. Was das für ein Verbrechen sein soll, ist ja schwer zu sagen, da der Staat bei der Einziehung von Steuern gleichfalls keinen Unterschied macht, welcher Nationalität oder Religionsgemeinschaft der Steuerzahler angehört. Aber der Myslowitzer Sanacjaskandal ist nur ein Teil des Sanacjaspiegels in Schlesien. Ihn ein wenig reflektieren zu lassen, hat der frühere Bankdirektor Radlicz unternommen, der den Grzesik, Kocur, Witczak und anderen weniger angenehme Vorwürfe machte. Diese versprachen zwar, zu klagen, aber um diese Klagen ist es jetzt merkwürdigerweise still geworden. Und ein Redakteur der „Polska Zachodnia" wurde sogar wegen Beleidigung von Radlicz jetzt bestraft. Angeblich weht ein neuer Wind, und hierbei haben die Segel Radliczs so etwas wie gute Richtung. Aber es wird interessant in der schlesischen Sanacja; Myslowitz ist ein kleiner Ausschnitt hierfür, indem der Krach zwischen Piechotzek und Baldyk ein kleines Schattenspiel von Sohrau und Rybnik war.

Wer kommt als nächster dran, nachdem der frühere Wojewodschaftsrat Lortz auf seinen Kampf um die Reinigung verzichtet hat?

Immer neue Veruntreuungen in Plesser Landgemeinden.

Im Laufe der letzten Monate **haben wir wiederholt** über Unregelmäßigkeiten innerhalb der **Landgemeinden** in Pleß und Rybnik berichtet. Die **Kette** scheint kein Ende nehmen zu wollen, denn am Dienstag hatten sich wieder die früheren Gemeindevorsteher von Krzyzowice und Poremba, im Plesser Kreis, zu verantworten. Während der Gemeindevorsteher von Krzyzowice zunächst zugab, daß er etwa 8600 Zloty von 1926 ab veruntreut habe, widerrief er diese Zusagen, weil angeblich die Bücher nicht in Ordnung waren und außerdem bei der Revision seitens der Starostei Fehler unterlaufen sein sollten. Das Gericht erkannte den früheren Gemeindevorsteher Z. dennoch als schuldig und verurteilte ihn zu fünf Jahren Gefängnis mit sofortigem Strafvollzug. In der Begründung des Urteils wird betont, daß die Strafe hart sein müsse, weil die Unterschlagungen von öffentlichen Geldern teils persönlicher Bereicherung oder Kneipereien gedient haben. Amnestie wird in diesen Fällen nicht gewährt.

Auch der Gemeindevorsteher S. aus Poremba soll 200 Zloty veruntreut haben, doch ist die Angelegenheit insofern geklärt worden, als S. diese Gelder als Entschädigung bezog, weil ihm kein Gehalt gezahlt wurde. In diesem Falle erfolgte Freispruch, doch muß betont werden, daß S. seinerzeit gegen den Willen der Bevölkerung amtlich als Senator in diese Würde eingeführt worden ist. Nun hat die Bevölkerung die Zeche zu bezahlen. Wie es heißt, sollen noch weitere Unterschlagungen vor Gericht zum Austrag kommen. Es ist angesichts dessen verständlich, wenn ein Gesetz zur Sanierung der Kommunalfinanzen notwendig ist.

Bielitz-Biala u. Umgebung.

Gemeinde Kamienica (Bezirk Bielsko). Aus Kamienica erhielten wir folgendes Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung betreffs Richtigstellung des seinerzeit bei uns erschienennen Artikels über den jetzigen Schuldenbestand der Gemeinde Kamienica. Darin heißt es, daß die Gemeinde Kamienica in den letzten drei Jahren den Betrag von über 110 000 Zloty von den seinerzeitigen Schulden abzahlte und somit mit dem 1. April 1935 einen Schuldenbestand von 46 151,41 Zloty aufwies, welcher noch mit langjähriger Zahlungsfrist zu verzeichnen ist. Gleichzeitig erfahren wir, daß der seinerzeit angegebene Schuldenbestand von 120 000 Zloty vom Magistrat Bielsko während einer Diskussion über Einverleibung der Nachbargemeinden zu Bielsko angegeben wurde.

Eile mit Weile. Dienstag abend dieser Woche, es war nach 9 Uhr, wollte der 49 Jahre alte Adolf Feuereisen aus Lemberg per Bahn nach Kattowitz weiterfahren, verspätete aber am Bielitzer Bahnhof den Zug. Er benützte zur Weiterfahrt ein Halblastauto, welches gerade nach Kattowitz unterwegs war und von dem Chauffeur Alfons Brause gesteuert wurde. Feuereisen selbst setzte sich auf die Kisten, fiel aber vom Auto, als dieses auf der ul. Legjonow an einer Biegung infolge zu schneller Fahrt ins Schleudern geriet. Er erlitt hierbei eine Sprengung der linken Kniescheibe und mußte in das Bielitzer Spital überführt werden.

Kleine Nachrichten. Ein Unbekannter drang mittels eines Sperrhakens Dienstag nachmittags in die Fleischerei der Susanne Borkowski in Bielitz, ul. Podcienia, ein und stahl aus der Schublade einen Geldbetrag von 24 Zloty. — Eine Nikeluhr wurde am Stadtberg gefunden, welche der Verlustträger am Polizeikommissariat abholen kann. — In der Nacht zum 28. d. M. stahl ein Unbekannter aus dem Wohnhaus des Andreas Berle in Lobnitz ein Fahrrad Marke „Szorto" im Werte von 50 Zloty. — In die Kanzleiräume der Schlesischen Wirtschaftsbank, Pilsudskistraße 7, versuchten in der Nacht auf Mittwoch Einbrecher einzudringen, wurden aber von dem nebenan wohnenden Dienstmädchen gestört und flüchteten. Am Orte hinterließen diese ihre Einbruchswerkzeuge.

Sitzung des Wahlvereins in Kamitz. Sonntag, den 2. Februar, findet um 9 Uhr vormittags im Gemeindegasthaus eine Vorstandssitzung des Wahlvereins „Vorwärts" in Kamitz statt. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Der Direktor der evangelischen Bank in Teschen vor Gericht.

Neben dem vor längerer Zeit erfolgten Zusammenbruch der Schlesischen Eskomtebank in Bielitz, hat auch die Zahlungsfähigkeit der evangelischen Bank in Teschen, welche voriges Jahr ihre Kassenschalter schließen mußte, sehr viel Staub aufgewirbelt. Die Einleger der Bank strengten sich im vergangenen Jahre nach allen möglichen Seiten an, um durch den Zusammenbruch der Bank zu retten, was zu retten ging. In den letzten Tagen fand jetzt vor dem Kreisgericht in Teschen die Verhandlung gegen den früheren Direktor M o l i n und dem Filialleiter dieser Bank in Weichsel, D y r n a, statt, denen verschiedene Unregelmäßigkeiten zum Schaden der Bank zur Last gelegt werden.

Unter anderem wurde dem früheren Direktor Molin zur Last gelegt, daß durch seine Schuld die Bank einen Schaden von 150 000 Zloty erlitt, wodurch die Bank in Zahlungsschwierigkeiten geriet, was ihre Zahlungsunfähigkeit zur Folge hatte. Die Anklageschrift sagt, daß Molin durch den Ankauf einer Rechenmaschine sich 880 Zloty angeeignet hätte, daß er unrechtmäßig einen Betrag von 1900 Zloty, der als Krankenkassenbeitrag bestimmt gewesen war, von der Bank für sich abgehoben hätte, daß er 954 Zloty für Fahrkarten mit seinem eigenen Auto verrechnet hätte und Fälschung von Mitgliederdeklarationen bezw. Anstiftung zur Fälschung dieser Deklarationen sich zuschulden kommen ließ u. a. m. Molin fühlt sich nicht schuldig. Berechtigtes Aufsehen erregt die Tatsache, daß der Direktor Molin nur eine Volksschulklasse absolviert und gar keine Bankfachausbildung genossen hatte.

Auch der Angeklagte Dyrna bekannte sich nicht zur Schuld. Daß die Bank bei verschiedenen Darlehen, die dem Ehepaar Dyrna gewährt worden waren, 70 000 Zloty verloren hätte, gab der Angeklagte zu, bemerkte aber hierzu, daß er nur ein Opfer der Krise geworden sei. (Eine glänzende Verteidigung. Für 70 000 Zloty würde mancher ein „Opfer der Krise" werden wollen Anm. d. Red.)

Das Urteil wurde vom Gerichtsvorsitzenden Dr. Garbusinski verlesen, nach welchem der Angeklagte Molin wegen fahrlässiger Geschäftsführung nach dem altösterreichischen Strafgesetz eine Arreststrafe von 6 Monaten erhielt. In die Arreststrafe wurde die Untersuchungshaft eingerechnet und der Rest der Strafe auf Grund der Amnestie erlassen. Der zweite Angeklagte, Dyrna, wurde freigesprochen.

Das Urteil wurde von den vielen Zuhörern, die sich zum Großteil aus Gläubigern der Bank zusammensetzten, lebhaft besprochen.

Wieviel arme Sparer haben hier wieder ihre sauer verdienten und vom Munde abgesparten Groschen eingebüßt?

Verein Sterbekassa

der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft in Polen mit dem Sitz in Bielitz.

Wir geben unseren Mitgliedern bekannt, daß die Generalversammlung obengenannten Vereins am Sonntag, dem 2. Februar 1936, im großen Saal im Arbeiterheim in Bielsko um 3 Uhr nachmittags mit folgender Tagesordnung stattfinden wird:

1. Protokoll über die Generalversammlung im Jahre 1935. 2. Berichte: a) des Obmannes, b) des Kassierers, c) der Kontrolle. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Festsetzung des Regulativs. 5. Allfälliges.

Sollte zur festgesetzten Stunde die Generalversammlung nicht beschlußfähig sein, so findet laut § 22 unseres Statutes dieselbe eine Stunde später an demselben Ort mit derselben Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl statt.

Anträge von Mitgliedern können laut § 23 des Statutes nur dann Beratungsgegenstand in der Generalversammlung sein, wenn sie mindestens 8 Tage vorher schriftlich dem Vorstand bekanntgegeben und von mindestens 20 Mitgliedern unterschrieben wurden.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

Theaterspielplan.

Aus Anlaß des Namenstages des Herrn Staatspräsidenten Ignacy Moscicki findet heute, Freitag, eine Festvorstellung statt. Das Theaterorchester wird die Staatshymne spielen, worauf das Lustspiel von Kazimierz Alberti „Xenia setzt sich durch" im Abonnement Serie rot aufgeführt wird.

Sonntag, den 2. Februar, wird nachmittags 3.30 Uhr zum letzten Male das Schauspiel „Die erste Legion" bei halben Preisen gegeben. Abends 8 Uhr in Serie grün Wiederholung der Operette „Der Opernball".

Dienstag, den 4. Februar, wird im Abonnement Serie gelb die Operette „Der Opernball" zur Wiederholung gebracht.

Da die Direktion unseres Theaters bis zum 1. Februar dringende Zahlungen zu leisten hat, werden die geehrten Abonnenten ersucht, die rückständigen Raten bis zu diesem Termin in der Theaterkanzlei einzahlen zu wollen, da bereits ab 1. Februar die 6. Abonnementsrate fällig ist.

Neues ägyptisches Kabinett.

Verhandlungsdelegation mit England.

Kairo, 31. Januar. Am Donnerstag abend wurde s neue ägyptische Kabinett durch Ali Maher Pascha ge- det. Der Ministerpräsident übernimmt gleichzeitig h die Leitung des Außenministeriums. Zum Finanz- nister wurde Abd el Wahab Pascha ernannt.

Das neue Kabinett wird am Freitag mittag vom nig Fuad zur Eidesleistung empfangen werden.

Am Freitag wird ein Gesetz erlassen werden, durch s eine Abordnung für die Vertragsverhandlungen mit gland gebildet werden wird. Diese Abordnung wird e Tätigkeit am 15. Februar aufnehmen. Wie verlau- , soll die Abordnung aus 6 Mitgliedern des Wafd und Mitgliedern der nationalen Front bestehen. Die Füh- ng der ägyptischen Abordnung wird in den Händen hab Paschas, dem Leiter des Wafd, liegen.

Die neue Regierung wird voraussichtlich bis zum Mai, dem Tage der ägyptischen Parlamentswahlen, Amte bleiben.

Englische Vorstellung in Kairo.

London, 30. Januar. Die britische Regierung ist rch ihren Vertreter in Kairo beim ägyptischen Mini- präsidenten wegen der Unruhen der letzten Tage vor- lig geworden. Wie in London mitgeteilt wird, wies r britische Oberkommissar besonders auf den Zwischen- l am Mittwoch hin, bei dem ein Motorradfahrer der itischen Nachrichtentruppen von Studenten in den raßen Kairos aufgehalten wurde. Der britische Ver- ter habe zum Ausdruck gebracht, daß die Aufrechterhal- ng der Ordnung notwendig sei.

Auf dem Konsulatsgebäude in Damanhur ist die glische Flagge, die heruntergerissen worden war am nnerstag feierlich wieder gehißt worden. Eine Abtei- ng ägyptischer Infanterie erwies ihr in Anwesenheit s britischen Generalkonsuls die Ehrenbezeugung.

ücktritte in der österreichischen Regierung

Wien, 31. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: Der ndespräsident hat heute den Bundesminister ohne Ge- häftsbereich Dr. Karl Buresch auf seinen Wunsch von inem Amt entbunden. Ferner hat der Bundespräsident : Staatssekretär für Landwirtschaft August Kraft auf nes Ansuchen von seinem Posten entbunden.

In österreichischen Kreisen heißt es, daß Dr. Buresch m Gouverneur der österreichischen Postsparkasse ernannt rd. Dr. Buresch war lange Jahre Finanzminister.

Aus Welt und Leben.

Folgenschwere Explosion in einem indischen Kohlenbergwerk.

London, 30. Januar. In einem Kohlenbergwerk Jharia im Staate Bihar hat sich, wie aus Kalkutta ...et wird, eine schwere Explosion ereignet. Bisher rden die Leichen von 5 Indern und einem Europäer borgen. 4 weiter Europäer und 15 Inder werden ver- ßt. 29 Inder wurden verletzt.

Fünflinge, ein rentables Unternehmen.

Die kanadischen Fünflinge des Ehepaares Dijonne d noch immer eine Quelle großen Verdienstes. An nchen Tagen zählt man bis zu 2000 Autos, die Besu- r und Neugierige heranbringen; die Fünflinge müssen lerdings ziemlich „schwer "arbeiten. Täglich zweimal, elf und um drei Uhr, werden sie den Besuchern vor- führt. Diese kaufen dann Unmengen von Postkarten t den Photographien der fünf Kinder und sonstige Ge- nstände, auf denen die Fünf abgebildet sind. Bis jetzt rften die Kinder etwa 200 000 Dollar auf diese Weise s Reinverdienst buchen. Allerdings kostet der „Betrieb" wa 1000 Dollar monatlich, wenn man die Gehälter r Pflegerinnen und Angestellten berücksichtigt, unter nen sich auch zwei Detektive befinden, die sie vor mög- chen Gangsterüberfällen schützen sollen. Zur Zeit sind Fünflinge anderhalb Jahre alt, also im besten Al- r, um auf Reklamephotographien zu erscheinen. Sie itzen einen eigenen Reklamechef, dem Hunderte von erten der verschiedensten Firmen für Kosmetika, Kin- rmehl, Milch und ähnliches vorliegen. Da die Firmen mer Wert auf eine exklusive, für sie bestimmte Auf- hme legen, werden die Fünflinge dauernd geknipst, er man kann den Anforderungen trotzdem nicht ge- gen.

Das Niveau einer Insel wird gehoben.

Das Niveau der Insel St. Marys, auf der die uptstadt Gambiens Bathurst in Westafrika steht, wird oben werden. Gambien und Bathurst wurden bisher die ungesündesten Orte der englischen Dominien an- ehen, da deren niedrig gelegenes Niveau eine künst- he Abwässerung unmöglich machte und in Regenzeiten, im Laufe eines Tages fast 20 Ztm. Regen fiel, die he Insel in einen Sumpf verwandelt wurde, der Ma- ia und gelbes Fieber verbreitete. Insel und Stadt ben etwa 15 000 Einwohner.

Aus dem Reiche.

Der neue Bürgermeister von Konstantynow tritt sein Amt an.

Der Stadtrat von Konstantynow wählte bekanntlich in seiner letzten Sitzung den Starosteibeamten Adam Sztajnbis zum Bürgermeister an Stelle des bisherigen ernannten Bürgermeisters Wladyslaw Dolecki. Bürgermeister Sztajnbis wird heute die Amtsfunktionen von Dolecki übernehmen.

Der Abessinier-Kuchen.

Zwischenfall in einer Konditorei.

In den Warschauer Konditoreien gibt es, seit Abessinien „Mode" geworden ist, einen „Abessinierkuchen". Er wird von den Freunden Abessiniens ebenso gerne verzehrt, wie von den Freunden Italiens. Ein bedenklicher Zwischenfall hat sich nun, wie die Zeitungen berichten, dieser Tage in einem der größten Kaffeehäuser Warschaus ereignet, als ein Kellner einem italienischen Staatsbürger den Abessinierkuchen als besonders schmackhaft empfahl. Der Italiener erhob lauten Protest gegen die vermeintliche Bekundung italienfeindlicher Gesinnung seitens der polnischen Bevölkerung, die in der Bezeichnung dieses Kuchens dokumentiert sei.

Es wäre möglicherweise noch zu einer Schlacht zwischen den Gegnern und Freunden Abessiniens gekommen, wenn nicht ein Schutzmann die Ruhe wieder hergestellt hätte.

Der Italiener wird sich wegen Störung der öffentlichen Ordnung vor Gericht zu verantworten haben — die Warschauer Bäcker aber überlegen sich, ob es doch nicht lesser wäre, dem Kuchen einen anderen Namen zu geben. Denn Kuchen ist Kuchen, wenn er wenigstens den richtigen Namen hat.

Den Komplicen ermordet.

Furchtbare Tat eines räuberischen Vaters und dessen Sohnes.

In der Ortschaft Kurow, Kreis Wielun, wurde ein furchtbares Verbrechen verübt. Hier wurde auf einem Felde die fuchtbar zugerichtete Leiche eines Wladyslaw Szczepanski, eines Knechtes bei einem hiesigen Bauern, gefunden. Die Untersuchung ergab, daß der Mord von dem 51jährigen Franciszek Kosmanda und dessen Sohn Stefan, 16 Jahre alt, die in der ganzen Gegend als gefährliche Raufbolde und Diebe bekannt sind, verübt wurde. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Kosmandas den Szczepanski überredet hatten, gemeinsam mit ihnen bei dessen Arbeitgeber einen Diebstahl auszuführen, was auch geschah. Bei der Verteilung der Beute wollten die Kosmandas dem Szczepanski nur einen geringen Teil davon abgeben, womit Szczepanski nicht einverstanden war. Es kam zwischen ihnen zu einem Streit, der von dem alten Kosmanda schließlich damit beschwichtigt wurde, daß er Szczepanski einlud, am Abend wiederzukommen und sie würden sich dann verrechnen. Als der ahnungslose Szczepanski dann am Abend kam, machten die Kosmandas ihn zuerst betrunken und erschlugen ihn dann. Die Leiche schleppten sie aufs Freie, um den Verdacht von sich abzulenken. Die Polizei fand jedoch noch Spuren vor, die nach dem Gehöft der Mörder führten, die dann auch nicht schwer entdeckt und festgenommen werden konnten.

Sport.

Warschauer Fahrer starten in Lodz.

An Stelle eines Radstädtekampfes Warschau — Lodz auf Trainingsapparaten findet am 9. Februar in Lodz ein Wettbewerb auf diesen Apparaten unter Teilnahme der Warschauer Fahrer Napierala, Starzynski, Michalak und Poponczyk statt. Die Reineinnahme dieser Veranstaltung geht zugunsten des olympischen Fonds. Auf diese Veranstaltung werden wir noch rechtzeitig zurückkommen.

Finaltreffen um den Landeck-Pokal.

Für das Finale um den Landeck-Pokal haben sich die Mannschaften des Kruscheender und IKP qualifiziert. Der Termin für diese Begegnung konnte noch nicht festgesetzt werden da die Boxstaffel der Tomaschower Kunstseidenfabrik gegen den Ausgang des Kampfes IKP — Tomaschow einen Protest eingelegt hat.

Vom Boxkampf Hakoah — KKS.

Am Sonntag findet im Saale der Philharmonie um 17 Uhr ein Boxkampf zwischen Hakoah und dem Kalischer Sportklub statt. Folgende Paare werden in den Ring steigen (an erste Stelle KKS): Falender — Liebermann, Szrajter — Gottfried, Zimniak — Fagott, Pawlowski — Herszlikowski, Szymanski—Bialystok, Anicka — Wdowinski, Marcza — Waldmann und außerhalb des Programms Pietrzak (IKP) — Stahl.

Grabowski trainiert mit Neusel.

Der oberschlesische Riese Leon Grabowski ist bekanntlich unter die Boxer gegangen. Anfänglich trainierte er mit Englands Exmeister Larry Gains und jetzt trainiert er mit dem aus Amerika zurückgekehrten deutschen Boxer Neusel. Grabowski hofft, im Herbst so weit zu sein, daß er vor die Oeffentlichkeit treten können wird

Keine Schnellaufmeisterschaften der Frauen.

In Stockholm sollten am 1. und 2. Februar die Eislaufmeisterschaften der Welt für Frauen abgehalten werden. Aus technischen Gründen wurde die Veranstaltung jedoch abberufen.

Radio-Programm.

Sonnabend, den 1. Februar 1936.

Warschau-Lodz.
6.34 Gymnastik 6.50 Schallplatten 12.15 Schallplatten 12.25 Konzert 13 Polnische populäre Musik 14.30 Orchesterkonzert 15.30 Lieder 16 Französischer Unterricht 16.15 Hörspiel 16.45 Ganz Polen singt 17 Gottesdienst 17.50 Musik von Rachmaninow 18.40 Plauderei über Lodz 18.55 Lodzer lustige Welle 19.3. Sport 19.50 Namenstag des Staatspräsidenten 20 Konzert 21 Für die Auslandspolen 21.30 Lustige Sirene 22 Operettenabend.

Kattowitz.
13.45 und 18.55 Schallplatten 15.30 Klaviermusik.

Königswusterhausen (191 kHz, 1571 M.)
6.30 Morgenmusik 12 Konzert 14 Allerlei 16 Der frohe Sonnabend 19 Blasmusik 22.30 Nachtmusik 23 Wir bitten zum Tanz.

Breslau (950 kHz, 316 M.)
12 Konzert 14 Allerlei 15.30 Klaviermusik 16 Der frohe Sonnabend 18.30 Dienst, Hörfolge 20.10 Bunter Abend.

Wien (592 kHz, 507 M.)
12, 13.15 und 14 Schallplatten 17.55 Wir lernen Volkslieder 20.25 Volksmusik 23.05 Militärkonzert 24.20 Zigeunermusik.

Prag.
12.10 und 15.30 Schallplatten 16.05 Tanzmusik 18.1. Hörspiel 20.15 Vergessene Melodien 21 Operette: Zehn Mädchen und kein Mann 22.30 Konzert.

Was sendet heute Lodz?

Das Sendeprogramm des Lodzer Studios für den heutigen Tag sieht wie folgt aus: Um 13.30 Uhr ein Schallplattenkonzert unter dem Titel „Im Reiche des Zaubers", um 18.30 Uhr wird Professor Siegmund Lorentz im Zusammenhang mit dem Januaraufstand eine Plauderei unter dem Titel „Eine ungewöhnliche Begegnung" zum besten geben und um 18.40 Uhr wird Direktor Josef Wolczynski über das Genossenschaftswesen in Lodz plaudern.

Der Negus in der Lodzer lustigen Welle.

Morgen, Sonnabend, um 18.55 Uhr sendet der Lodzer Sender seine dritte Lodzer lustige Welle. Die diesmalige Sendung trägt den Titel „Der Negus in Lodz" und bringt ganz neue Gestalten ans Mikrophon. Die Handlung dreht sich um den Negus, der nach Lodz gereist kam, um für seine Soldaten Hosen einzukaufen. Die Regie dieser Sendung hat der Direktor Bohdan Pawlowicz inne.

Olympiade der Tenöre.

Das Sportreferat beim polnischen Rundfunk veranstaltet am 2. Februar um 21.45 Uhr ein Preisausschreiben unter dem Titel „Olympiade der Tenöre", in welchem die Hörer die populäre Arie aus der Oper „Tosca" von Puccini, gesungen von 6 berühmten Tenören der Welt, zu hören bekommen werden. Es wird somit ein regelrechter Sangeswettstreit zwischen Caruso, Flei, Lamant, Smirnow und dem Polen Jan Kiepura ausgetragen werden. Beim Abspielen der Schallplatten wird nicht der Sänger bekanntgeben, sondern die Nummer der Platte, damit diejenigen Hörer, die sich am Preisausschreiben beteiligen, nicht durch den Namen des Sängers voreingenommen werden.

Opernübertragung aus Warschau.

Heute um 20.10 Uhr übernimmt der polnische Rundfunk aus dem Warschauer Opernhaus die Oper „Goplana" von Zelenski. Diese Oper gehört unstreitbar zu den besten Schöpfungen dieses Komponisten. Die Uraufführung der Oper fand in Krakau im Jahre 1896 statt um zwei Jahre darauf an der Warschauer Oper ausgestellt zu werden. Von da ab gehört das Werk zum festen Bestand des Opernrepertoirs. Dieses Werk, das den Zuhörer in das phantastische Märchenland der Kobolde und ihrer überirdischen Kräfte führt, trägt unbestritten einen polnischen Charakter und ist obendein durch eine anheimelnde Volksmusik ausgestattet. Ausführende werden sein: Das Warschauer Opernorchester unter Leitung von A. Dolzynski und die Sänger Bojer-Przemieniecka, Szumska, Platowna, Lisiewicz, Hupert, Bawal Plonski und Tysiak.

Josef Wolinski singt.

Jeder Auftritt des vortrefflichen Tenors Josef Wolinski vor dem Mikrophon wird von den Rundfunkhörern mit Interesse wahrgenommen. Sein heutiges Programm um 17.20 Uhr umfaßt Arien und Chansons alter Meister

Ein Kind irrt durch die Nacht

(37. Fortsetzung)

„Man trägt ja die Kleider nicht mehr so kurz, aber deine schönen Beine kann man sehen — und hinten herum muß es wie angeklebt sitzen, so daß du immer Angst haben mußt, es platzt, wenn du dich hinsetzt. Hier noch etwas raffen — so nun haben wir die richtige Länge. Du Fratz brauchst gar nicht zu lachen! Setz dich mal — siehst du, kann ruhig noch etwas enger sein. — So! Mußt natürlich die passende Wäsche dazu haben — trägst wohl noch deine Konfirmationswäsche?

Nach zehn Minuten war Mia mit ihrem Werk zufrieden dann riß sie ein Pelzjackett aus dem Schrank.

„So, nun ziehe das einmal über — paßt ja großartig — und hier, das kleine grüne Hütchen mit der Feder an der Seite — nicht doch, muß ja viel mehr rechts sitzen — so, tief aufs Ohr gedrückt. Nun komme mal in dein Zimmer und besieh dich im Spiegel!"

Hanne gehorchte lachend der eifrigen Mia und blieb betroffen vor ihrem eigenen Bilde stehen.

Das sollte sie sein — sie, die kleine, einfache Hanne?

„Gelt, da staunste — ja, Kleider machen Leute!"

„Aber wo hast du denn nur die schönen Sachen her?"

„Etwa gestohlen du kleines Schaf?"

Am Abend gingen sie zusammen in das Theater, das nur einige Minuten entfernt lag. Mia hatte um eine Freikarte gebeten, damit Hanne sich die Vorstellung erst einmal vom Zuschauerraum aus ansehen sollte.

Schon von außen wirkte der Bau eigentümlich, die ganze Front war in ein Bauernhaus verwandelt, an der Seite standen Bäume, und über dem Eingang der Tür hing ein Schild mit den Worten: „Zum weißen Rößel."

Hanne staunte und vergaß über den vielen neuen Eindrücken die Niederlage, daß sie den Pikkolo nicht spielen konnte. Diese Rolle wurde von einem Knaben gegeben, einem Jungen von fünfzehn bis sechzehn Jahren, und Hanne kam aus dem Lachen nicht heraus. Sie fühlte aber gleichzeitig, daß sie diesem Darsteller nicht gewachsen war.

Das Publikum raste. Das große Haus mit den vielen Menschen, der sonderbaren Aufmachung, den dazu passenden Portiers und Platzanweisern die in Kostümen Zettel verkauften, der großen Kapelle und der ganzen reichen Ausstattung wirkten so anregend auf Hanne, daß sie noch tagelang hätte so sitzen mögen und nicht müde geworden wäre.

Nach Theaterschluß mußte sie um das ganze Gebäude herumgehen, ehe sie zu der Tür gelangte, aus der die Mitglieder herauskamen. Mia hatte ihr vorher den Ausgang gezeigt; aber durch diese Menschenmassen erst einmal hindurchzukommen, war keine Kleinigkeit.

„Na, Hanne, das war eine Vorstellung — was? Da kann Breslau nicht mit. Nun aber rasch nach Hause, denn morgen heißt es früh raus!"

Als sie daheim waren, packte Mia den Aufschnitt aus, den sie vorher noch besorgt hatte; auf dem Balkon stand in einer Kiste Flaschenbier, und bald war das Abendbrot verzehrt. Hanne kroch dann todmüde ins Bett.

„Soll ich die Tür offen lassen?"

„Wie du nur fragen kannst!"

„Warte nur," lachte Mia, „kommt alles anders!"

Hanne konnte nicht mehr antworten. Die lange Nachtfahrt, die neuen Eindrücke, das Nähen am Nachmittag an ihrer neuerworbenen Garderobe, dann die Vorstellung — das alles hatte Hanne todmüde gemacht. Sie sah immer nur das Schild mit dem Roß darauf — hörte den Pikkolo mit seinem „Bitte sehr, bitte gleich!", sah das große Ballett, die herrlichen Tänzer, die Sänger — dann flimmerte es vor ihren Augen — der Leopold, der hatte ihr am besten gefallen.

Am nächsten Vormittag um elf Uhr betraten sie das Büro.

Ein Herr stand hastig auf und trat den jungen Mädchen entgegen.

„Sie sind also Hanne Urban? Hier haben Sie eine kleine Rolle im ersten Akt, und nun kommen Sie gleich auf die Bühne, ich habe keine Zeit; der Regisseur wird Ihnen alles Weitere sagen."

Er drückte Hanne ein dünnes Heft in die Hand und war schon aus dem Zimmer verschwunden. Mia lachte über das verdutzte Gesicht ihrer Schwester und zog diese mit hinaus.

„Ja, hier herrscht Tempo, mein Kind!"

Die Rolle, die Hanne spielen sollte, war so klein, daß sie ihr tags zuvor in der Vorstellung gar nicht aufgefallen war. Sie hatte fast in jedem zweiten Bild irgendeine Komparse mitzumachen; Mia waren mehrere Tänze zugeteilt, und sie mußte sich dauernd umkleiden.

So vergingen die vier Wochen wie im Fluge, und die erste Vorstellung stand vor der Tür.

Hanne war sehr unglücklich; die Statisterie und die wenigen Worte, die sie zu sprechen hatte, befriedigten das ehrgeizige Mädchen gar nicht.

„Du bist undankbar, Hanne. Hast eine Anfangsgage von hundertfünfzig Mark im Monat, und ich habe zweihundert; mein Zimmer kostet vierzig, das deine fünfunddreißig Mark. Wir haben also noch genug und können uns was leisten."

„Na, Mia, Pelze kann ich mir von der Gage nicht kaufen!"

„Wenn du frech wirst, gibts was!"

Fortsetzung folgt.

Theater- u. Kinoprogramm.

Städtisches Theater Heute 8.30 Uhr Romans
Casino: Tagebuch der Geliebten
Europa: Held wider Willen
Grand-Kino: Mit einem Kuß hat's begonnen
Metro u. Adria: Liebe nur mich
Miraż: Seine Hoheit der Chauffeur
Palace: Die Liebe des Spions
Przedwiośnie: Episode
Rakieta: Heute ist der schönste Tag in meinem Leben
Rialto: Unsterbliche Melodien
Sztuka: I. Sterne des Broadway, II. Das Duell mit dem Tode

Die „Lodzer Volkszeitung" erscheint täglich
Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 3.—, wöchentlich Zloty —.75 Ausland: monatlich Zloty 6.—, jährlich Zloty 72.— Einzelnummer 10 Groschen, Sonntags 25 Groschen

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Gr im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag

Verlagsgesellschaft „Volkspresse" m. b. H.
Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel
Hauptschriftleiter: Dipl.-Ing. Emil Zerbe
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Otto Heike
Druk: «Prasa», Lodz, Petrikauer 101